

2007-06-28

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau- Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 20.06.2007

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann stellv. Stadtratsvorsitzender

Anwesenheit: **Soll:** 50 **Ist:** 35

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland	Unentschuldigt
Göring, Christoph	Unentschuldigt
Kolze, Jens	
Kopf, Andreas	
Mrosek, Andreas	Unentschuldigt
Schnirch, Carina	

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie
Sanftenberg, Angela
Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Katja
Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Semper, Manfred

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES Forum

Bönecke, Matthias

Fraktion der FDP

Plettner, Ulrich Dr.

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Die Tagung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschrift vom 15. Mai 2007

Das Protokoll wurde mit 2 Enthaltungen mehrheitlich bestätigt.

2. Berichte des Oberbürgermeisters

2.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Bürgermeister Gröger informierte über folgende Ereignisse in der Zeit vom 16.5. bis zum 20.6.2007:

18. Mai Besuch einer Delegation aus der Provinz Free State aus Südafrika. Weitere Besuche wurden für den nächsten Monat aus Free State angemeldet, um sich insbesondere über die Gasgewinnung in der Deponie am Scherbelberg und die energetische Verwertung im Zusammenhang mit der DVV zu informieren und weitere Kooperationsmöglichkeiten auszuloben. Neben dem Blockheizwerk ist auch das TGZ besucht worden.

11. Juni Die Firma Druschke wurde mit der Urkunde „1A-Fachhändler“ ausgezeichnet.

15. Juni Grundsteinlegung der ZEMAG auf dem Flugplatzgelände. Hier gehe es in der Perspektive um eine stattliche Anzahl von Arbeitsplätzen.

21./22. Mai Abstimmungen beim OSV mit der klaren Aussage, dass die Gebietskörperschaften verantwortungsvoll eine Fusion der Kreissparkassen Anhalt-Zerbst, Köthen, Bitterfeld, Wittenberg und der Stadtparkasse Dessau prüfen werden. Die nächste Arbeitsrunde ist zum 04.07.07 avisiert. Im Zusammenhang mit der Sparkasse ist anzumerken, dass nach den Turbulenzen des vergangenen Jahres Ruhe eingeleitet ist. Eine Reihe wichtiger Entscheidungen wurden im Personalausschuss am 25. Mai und 4. Juni und am 12. Juni im Verwaltungsrat der Stadtparkasse getroffen.

Bei den **Gebietsänderungsangelegenheiten** ist die Zustimmung des Landesverwaltungsamtes zum Auseinandersetzungsvertrag mit den Landkreisen eingegangen. Die Gespräche mit den Bürgermeistern aus Oranienbaum und Gräfenhainichen, die am 29. Mai geführt wurden, dienen einer Gebietsänderung über einen Gebietsaustausch. Der Stadtrat in Oranienbaum wird am 26.06.07 über diesen Gebietsaustausch ebenfalls entscheiden.

30. Mai Theaterkonferenz im Anhaltischen Theater. Dank an Herrn Landgraf für die ausgezeichnete Organisation. Es war auch für unsere Stadt eine gute Werbung.

01. Juni Einweihung des Brunnens in der Zerbster Straße, was eine gelungene Aktion der Stadtverwaltung, der Stadt an sich, in Verbindung mit der hier ansässigen Wirtschaft, geführt von der Kreishandwerkerschaft, war.

10. Juni 700-Jahr-Feier in Rodleben, Anerkennung für den Ortsbürgermeister und den Ortschaftsrat für diese gelungene Veranstaltung.

16. Juni Zur Eröffnung der Sommertour des Mdr war eine Stadtwette zu gewinnen. Die Stadt Dessau hat diese Wette gewonnen. Herr Bürgermeister Gröger bedankte sich noch einmal bei allen fleißigen Helfern, insbesondere bei den Organisatoren Frau Ziembra, Herrn Landgraf, Herrn Schüler und dem Amt 36.

Zu den sportlichen Aktivitäten erwähnte er das Bundesligaspiel Pentanque im Stadtpark, eine Aktion im Rahmen der Bearbeitung des Projektes „Interkultureller Generationenpark“,

1. Juni 9. Leichtathletikmeeting Anhalt 2007 im Paul-Greifzu-Stadion mit mehr als 6.000 Zuschauern,

17. Juni Volleyballländerspiel der Europaliga Deutschland gegen Spanien.

Die **Veranstaltung zum Gedenken an Adriano** war anlässlich des 7. Jahrestages gut besucht. Auch hier bedankte sich Herr BM Gröger bei allen, die an dieser Gedenkveranstaltung mitgewirkt haben.

2. Juni 34. Mitteldeutsche Architektentag im Umweltbundestag.

4. Juni Gespräch mit Herrn Merano, dem Leiter der ICOMOS-Gruppe Monitoring Deutschland. Man habe sich über die weiteren Arbeitsrichtungen im Umgang mit dem Weltkulturerbe Meisterhäuser und die 2. Muldebrücke zur Gestaltung der Osttangente unterhalten. Zur Vorgehensweise und Arbeitsrichtung wurde Konsens erreicht, was nicht heißt, dass die Genehmigung erteilt wurde. Man habe aber für das Verständnis geworben und eine gemeinsame Arbeitsrichtung festgelegt.

Abschließend ging **Herr BM Gröger** auf den ausgereichten Hochwasserbericht ein. Man sei in diesem Monat vorangekommen und es gab eine prinzipielle Klärung zur Gestaltung der Hochwasseranlagen im Bereich des Schlosses Großkühnau, die nun umzusetzen ist.

2.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Stadtratssitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

3. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Herr Ginskey, Alte Leipziger Str. 13, bezog sich auf seine Anfragen in der letzten Stadtratssitzung, welche z. T. gut beantwortet wurden. Er bezog sich wiederum auf die Gaststätte Waldbad, welche laut Stadtratsbeschluss in Erbbaurecht vergeben werden soll. Verhandlungen mit dem Interessenten laufen und kommen voraussicht-

lich im IV. Quartal zum Abschluss. Das finde er zu lang. Zur Dachisolierung bezog er sich auf ein Schreiben mit dem Inhalt, dass die Sturmschäden beseitigt wurden. Das sei aber nach dem 1. Sturm erfolgt und nicht fachmännisch gemacht worden.

Da Herr Ginskey Ausführungen zum TOP 6.9 machen wollte, verwies Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner darauf, dass keine Fragen, die Tagesordnungspunkte betreffen, gestellt werden dürfen.

Zur Problematik Dach- und Sturmschaden erklärte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, man werde kurzfristig die Anregungen aufgreifen und mit den zuständigen Ämtern eine Begehung in den nächsten Tagen durchführen, um eine Gefahrenabwehr sicherzustellen und den genannten Befürchtungen nachzugehen, damit keine weiteren Schäden an diesem Objekt entstehen.

Betreffs der angesprochenen Verhandlungen mit den Interessenten merkte Herr Wolfram an, dass es z. Z. nicht möglich ist, sie schnell und kurzfristig zum Abschluss zu bringen. Dies begründet sich in der wirtschaftlichen Darstellung bestimmter Dinge.

4. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

4.1. Achter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau

Vorlage: IV/030/2007/II-20

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

4.2. Durchführung von Markttagen im Stadtgebiet von Dessau

Vorlage: IV/031/2007/I-80

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt der Stadt Dessau 2007

5.1. Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre

Vorlage: BV/128/2007/II-20

Auf Empfehlung von **Herrn Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, wurde zu beiden Tagesordnungspunkten eine gemeinsame Einführung gegeben und auch die Diskussion geführt.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, verwies auf die im Vergleich zu den Vorjahren schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen zum Haushalt 2007. Es galt, für die folgenden acht Jahre Entscheidungen zu treffen, wie eine Haushaltskonsolidierung bis 2016 möglich ist, ohne die oberzentrale Funktion dauerhaft in Frage zu stellen.

In den vier sehr konstruktiv geführten Haushaltsberatungen, unter wesentlicher Mitwirkung der Stadträte, sind im Ergebnis geänderte Schwerpunkte zur Haushaltskonsolidierung eingeflossen und folgende Veränderung vorgenommen worden.

Die vorgeschlagene Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 460 % entfällt. Auch der Sportstättenvorschlag sieht nicht mehr die Schließung des Ringerzentrums und die Aufgabe des Sportplatzes Schaftrift vor, sondern dessen Verlagerung. Der

Vorschlag des Einsatzes von Veräußerungserlösen städtischer Gesellschaften und Eigenbetriebe konnte volumenmäßig von 59,5 Mio. auf 47,8 Mio. zurückgeführt werden und wurde als nachrangig gegenüber allen anderen Konsolidierungsvorschlägen eingestuft. Diese Veränderungen waren durch eine Reihe zusätzlicher Vorschläge, die Eingang in das Konsolidierungskonzept gefunden haben, möglich. So sollen verstärkt Veräußerungserlöse, nunmehr 14 Mio. aus dem Verkauf städtischer Immobilien zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Der Kostenschwerpunkt Personalausgaben wurde im Rahmen der Konsolidierung dadurch aufgewertet, dass eine Strukturreform mit dem Ziel, eine ergebnisorientierte Steuerung in Verbindung mit der Doppik einzuführen, geprüft, gleichzeitig die Aufgabenkritik weitergeführt und daraus ein weiterer Stellenabbau von 50 Stellen angestrebt wird.

Der Vorschlag, verlustbringende Sparten und Bereiche aufzuzeigen, wurde auf alle städtischen Eigenbetriebe und Eigengesellschaften ausgeweitet. Es wird die Beschleunigung der laufenden Bearbeitung des Facility-Management-Konzepts bei gleichzeitiger Übertragung an eine städtische Gesellschaft geprüft und die Schaffung einer sinnvollen Rechtsform zur kostendeckenden Bewirtschaftung der Bauhausimmobilien untersucht. Diese wesentlichen Änderungen führen insgesamt unter den im Finanzplan getroffenen Prognosen dazu, dass die Stadt Dessau im Jahr 2010 das laufende Defizit im Verwaltungshaushalt beseitigt und im Jahr 2016, und damit ein Jahr später als gesetzlich vorgegeben, die aufgelaufenen Fehlbeträge vollständig abgebaut hat.

Im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt sind die in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen berücksichtigt und wurden den Stadträten gemeinsam mit den Änderungen zur Konsolidierung ausgereicht. Mittlerweile liegen uns die Zusagen der Landesregierung sowie ihre finanziellen Auswirkungen schriftlich vor. Nun komme es darauf an, dass die Stadt Dessau ihren Teil zur Konsolidierung beiträgt. Am Dienstag fand das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt auf Arbeitsebene statt und auch dort wurde als wesentliches Problem herausgearbeitet, dass der Konsolidierungszeitraum um ein Jahr überschritten wird. Aber man habe in dem Gespräch deutlich machen können, dass in diesem Fall vor dieser besonderen Situation eine Beanstandung des Haushaltes nicht sachdienlich wäre, so dass und wir möglicherweise mit Auflagenerteilung zur Haushaltsgenehmigung davonkommen.

Mit der Zustimmung zum Haushaltskonsolidierungskonzept schaffe man die Voraussetzungen, dass die Stadt handlungsfähig wird. **Frau Beigeordnete Nußbeck** bedankte sich bei allen, die den Prozess aktiv durch ihre Hinweise und Vorschläge unterstützt haben und bat durch die Beschlussfassung das Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit von Rat und Verwaltung zu bestätigen.

Herr Pätzold, PDS-Fraktion, legte dar, als der Haushalt der Stadt Dessau 2006 am 14. September 2005 beschlossen wurde, habe er sich anerkennend über die sehr gute Arbeit der im März 2005 neu gewählten Finanzdezernentin geäußert, einen konsensfähigen Haushalt nach dieser kurzen Amtszeit einzubringen. Das möchte er in Vorbereitung des diesjährigen Haushaltes auch nicht in Abrede stellen, aber betonen, dass der Zeitpunkt im Dezember 2005 für eine Bestätigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsichtsbehörde günstig war, zumal für die nächste Zeit finanzielle Mehrbelastungen für die Stadt in Richtung Auswirkung Hartz IV erwartet wurden.

Herr Pätzold erinnerte daran, die damals in den Haushaltsberatungen entstandenen Aufträge an die Stadtverwaltung waren für die PDS-Fraktion Maßstab zur weiteren Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Dessau. Die Ergebnisse spiegeln sich über einen Zeitraum von 1 ½ Jahren bis heute wider in einer Erhöhung des geplanten Haushaltsdefizits von 23,4 auf 32,6 Mio. €. Natürlich spielen dabei von außen wirkende Einflüsse eine bedeutende Rolle. Aber wenn die Stadtverwaltung die eigenen Hausaufgaben, hier müsse er wieder die Erarbeitung des Personalentwicklungskonzepts betrachten, nicht erledigt, müsse man sich nicht wundern, wenn sich Fraktionen etwas säuerlich äußern. Es war genug Zeit. Er finde es unfair, die PDS-Fraktion als ständige Verweigerer des Haushaltes der Stadt abzustempeln, wenn sie diese Thematik auf die Tagesordnung nimmt.

Eine Beliebigkeit der Darstellung einzelner Haushaltspositionen, wie sie bei verschiedenen Fraktionen in den Ausschusssitzungen an den Tag gelegt wurde, komme für die PDS-Fraktion nicht in Frage. Ein sogenanntes 14 Punkte zählendes Kooperationspapier von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sei der PDS-Fraktion im Detail und schriftlich nicht bekannt. Aber, wenn es Frau Lohde, Herrn Eichelberg und Herrn Schmidt nützt, das Haushaltskonsolidierungskonzept und den Haushalt damit zu beschließen, dann sollen sie es tun.

Prüfaufträge an die Stadtverwaltung, welche er bereits erwähnt habe, sind in letzter Zeit reichlich erteilt worden. Nur die Ergebnisse in Form von schlüssigen strukturellen Konzepten fehlen bzw. werden zeitlich weiter verschoben. Die Vorbereitung zu den Wahlen der neuen Stadträte, des Oberbürgermeisters, der Ortschaftsräte und die Fusion der Städte Dessau und Roßlau haben bei allen Beteiligten viel Zeit und Kraft in Anspruch genommen.

Die PDS habe ein Wahlprogramm aufgestellt, in dem sie sich eindeutig zu Veräußerungen von Kommunaleigentum positioniert habe. Das habe man im Hauptausschuss im Februar 2007 als auch bei der Einbringung des Haushaltes bekräftigt und werde diesen Standpunkt für eine Bestätigung des Haushaltes 2007 nicht kippen. Auch eine Modifizierung des Verkaufs von städtischem Grundvermögen, städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben ist für die PDS-Fraktion kein Mittel zur Konsolidierung. Wer heute den kleinen Finger nimmt, möchte später die ganze Hand.

Die Aufstellung des Finanzplanes für den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich ist hauptsächlich von extern gesetzten Einnahmen und Faktoren wie Zuweisungen und Zuschüssen des Landes abhängig. Da diese Zuschüsse bei weitem für das Oberzentrum Dessau nicht ausreichen, hat die Stadt Dessau beim Ministerpräsidenten um zusätzliche finanzielle Unterstützung gebeten und einen Antrag auf Zuweisung aus dem Ausgleichsstock nach FAG gestellt.

Frau Nußbeck sagte heute, die Antworten wären da. Die PDS-Fraktion kennt diese in dieser Weise noch nicht. Möglicherweise wartet man natürlich auf das Ergebnis der Abstimmung am heutigen Tag. Aber eine Antwort konnten die Bürger am 6. Juni der MZ entnehmen, nämlich als der Finanzminister, Herr Bullerjahn, SPD, angekündigt hat, ab dem Jahr 2010 würden die Zuweisungen für die Kommunen weiter gesenkt. Die Fortschreibung des Finanzplanes wird somit noch interessanter. Eine Zustim-

mung zur Konsolidierung und zum Haushalt 2007 wird von der PDS-Fraktion nicht getragen.

Herr Sachse, SPD-Fraktion, betonte, nur für sich sprechen zu können. Er sei seit 17 Jahren Stadtrat und habe heute seine letzte Sitzung. Seit 17 Jahren habe er auch dem Haushalt im Grunde zustimmen können. Heute tue er das zum ersten Mal nicht, weil sich diese grundsätzliche kritische Haltung, die er bei der Einbringung des Haushaltes schon vorgetragen hatte, nicht verändert hat. Bis heute habe er keine Informationen, dass grundsätzliche Dinge hier anders zu sehen sind. Im Gegenteil müsse er lediglich relativieren, dass er beim letzten Mal von einer Provokation des Stadtrates gesprochen hat, müsse er zurücknehmen, weil er erkannt habe, dass es im Gegensatz zu den Wahlprogrammen doch Fraktionen gibt, die die Privatisierung durchaus im Auge haben. Das habe er sich damals nicht vorstellen können.

Er finde es nicht gut, dass der Haushalt heute hier durchgewinkt werden soll. Man hätte sich mehr Zeit nehmen sollen, auch inhaltlich über die Dinge breiter zu diskutieren. Schließlich gehe es um etwas und ein Haushalt ist immer auch ein in Zahlen gegossenes Programm für die nächsten Jahre. Hier sei immer noch ein Privatisierungsansatz von 47 Mio. einfach zu hoch und wenn dieser auch noch undifferenziert und pauschal im Raum steht, müsse man sich darüber Gedanken machen und er könne das so nicht mittragen.

In den 90er Jahren habe man sich mit einem gewissen Mut daran gemacht, auch Zukunft zu gestalten durch eigene kommunale Wirtschaft. Man habe gemeinsam das Städtische Klinikum, die Stadtwerke geschaffen. Bei 47 Mio. müsse man an das Eingemachte gehen. Wenn man diese Dinge heute in Frage stellt und sich erlaubt, Unsicherheiten in die Betriebe zu bringen und Unklarheiten, sei das nicht seriös. Das könne er so nicht mittragen und kritisiere das. Er wies darauf hin, dass es in der vergangenen Woche im Spiegel eine Artikel gegeben hat, wo darauf hingewiesen wird, dass jahrelang die Privatisierung städtischer Aufgaben als Rezept zur Sanierung galt, aber viele Bürgermeister jetzt ganz bewusst umsteuern. Man sollte die Zukunftsgestaltung nicht in Frage stellen, sondern als eigenständiges Potential beibehalten. Dass das jetzt in Vorbereitung der Fusion im Hauruckverfahren abgewinkt werden soll, finde er nicht in Ordnung. Deshalb stimme er dem Haushalt nicht zu.

Herr Sachse wünschte den Stadträten für die Zukunft alles Gute und drückte die Hoffnung aus, dass sich die vernünftigen Kräfte auch über die Parteien hinweg zusammenfinden können, wenn es ihnen wirklich um diese Stadt geht.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erläuterte, es gehe allen Stadträten darum, auch den neuen Stadträten, das Optimum für die Stadt herauszuholen. Dass der Haushalt kein Traumergebnis hat sei auch allen bewusst. Man stehe vor der Tatsache, dass am 1. Juli 2007 eine neue Stadt entsteht und der alte Stadtrat den Weg, einen Haushalt zu beschließen, zu Ende gehen muss. Das stelle einen gewissen Druck dar, denn wenn man das nicht gelöst habe, gibt es keinen Haushalt, keine Aufträge an die Wirtschaft und es gibt viele Vereine, die eine Haushaltsklarheit und Haushaltssicherheit brauchen. Das sind etwas andere Rahmenbedingungen, als in den 17 Jahren zuvor, in denen man keine Fusion hatte.

Es sei richtig, dass man immer weniger Finanzzuweisungen vom Land bekomme. Es sei jetzt gelungen, auf Initiative von Herrn Gröger gemeinsam mit Magdeburg und Halle die prekäre finanzielle Ausstattung der Oberzentren noch einmal anzumahnen und auch wirklich auf Lösungen zu drängen. Die Zusage, die Frau Nußbeck anfangs genannt hat, werde nicht der letzte Schritt sein, sondern es ist ein langer Weg und wir müssen zusammen mit den beiden Oberzentren und auch mit der Region arbeiten, dass die Finanzausstattung der Städte besser wird, als bisher. Da haben alle bisherigen Koalitionen seit 1998/99 nicht gerade ein ruhmreiches Blatt gehabt, denn sie haben eigentlich zu Gunsten der Städte gespart. Das Land habe sich im Prinzip auf unsere Kosten saniert, oder ist dabei, sich zu sanieren.

Weiterhin sei man gefordert, eigene Vorschläge zu machen und eigene Beiträge zu leisten. Er habe von den Vorrednern keine Antwort erhalten, wie man das bestehende Defizit geschlossen bekommt. Kündige man der Hälfte der Verwaltung, hätte man es vielleicht. Wenn man alle Kultureinrichtungen schließt, habe man das Defizit immer noch nicht geschlossen. Es sei eine dramatische Situation und hier als letzten Schritt zu sagen, Teile des städtischen Eigentums veräußern zu wollen, müsse auch möglich sein. Man beschließe ja nicht, dass im Jahr 2007/2008 das städtische Vermögen veräußert wird, sondern es sind Prüfaufträge und die Zahlen sind im Jahr 2010/2012 eingeplant, wenn es dann überhaupt notwendig sein wird, das zu tun.

Hier sei der Stadtrat gefordert zu handeln und zu sagen, wir müssen das Personalentwicklungskonzept auf dem Tisch haben. Wir müssen sehen, inwieweit andere Strukturen in der Verwaltung kostengünstiger sind, überlegen, was sind Pflichtaufgaben, die die Stadt selbst erfüllen muss, was sind Aufgaben, die auch an freie Träger abgegeben werden können, um dort vielleicht zu sparen. Man müsse auch behutsam überlegen, welche Einnahmeerhöhungen denkbar sind. Diese Dinge können wir selbst beeinflussen. Will man gegenüber dem Land glaubwürdig sein und vom Land fordern, andere Zuweisungen zu bekommen, müssen wir auch eigene Vorschläge umsetzen und diese handhabbar machen. Genau diese Aufgabe hat auch der neue Stadtrat von Dessau-Roßlau.

Man müsse sehen, inwieweit die fusionsbedingten Einsparungen, die wir gemeinsam erhoffen, auch zu Buche schlagen. Das könne man im Haushalt der Stadt Dessau nicht darstellen, sondern das wird im ersten gemeinsamen Haushalt von Dessau-Roßlau darzustellen sein. Es sei die Aufgabe des neuen Stadtrates, zeitnah mit der Haushaltsdiskussion für 2008 zu beginnen und dort auch die Prioritäten zu setzen. Bevor man keine inhaltlichen Konzepte hat, kann man nicht kürzen. Man müsse auf der Basis inhaltlicher Konzepte ganz bewusste Entscheidungen treffen. Man habe 20.000 Einwohner weniger in der Stadt Dessau. Wir haben defizitäre Sparten in der DVV, der Flugplatz, seit Jahren ein Thema, ebenso die DATEL. Hier müsse man auch herangehen, wenn man ernsthaft schauen will. Insofern plädiere Herr Dr. Schmidt dafür, dem Haushalt heute zuzustimmen, aber gleichzeitig im September die Arbeit an den inhaltlichen Konzepten und an der Vorbereitung des Haushaltes für 2008 zu beginnen. Hierin liege in den nächsten sieben Jahren für den neuen Stadtrat eine große Herausforderung.

Die Diskussion wurde geschlossen und zu den TOP 5.1 und 5.2 gesondert Abstimmungen durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 19:11:06

5.2. Haushaltssatzung 2007 Haushaltsplan 2007 Finanzplan 2007 Stellenplan 2007

Vorlage: BV/139/2007/II-20

(siehe TOP 5.1)

Abstimmungsergebnis: 19:09:08

6. Beschlussfassungen

6.1. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2006

Vorlage: BV/159/2007/II-20

Herr Bürgermeister Gröger, Herr Dr. Exner, Herr Hoffmann, Frau Müller und Herr Maloszyk erklärten sich befangen und nahmen an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes sowie der Abstimmung nicht teil.

Die Leitung des Tagesordnungspunktes übernahm **Herr Dr. Neubert**, FDP-Fraktion.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, verwies darauf, es sei für die Entlastung des Verwaltungsrates erforderlich, dass ein Bestätigungsvermerk der Prüfstelle des OSGV und die Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen für den Jahresabschluss vorliegen und dies ordentlich veröffentlicht ist. Die Mitteilung der Sparkasse liegt vor, dass dies nunmehr erfolgt ist. Gemäß § 26 Abs. 5 Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist die Veröffentlichung in der MZ erfolgt, dass die Beschlüsse zum Lagebericht und zum Jahresabschluss zur Einsicht ausliegen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:01:04

6.2. Stellungnahme der Stadt Dessau zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Gewährung/Verwendung von Zuwendungen der Programme für die Wohnungsbau- und Städtebauförderung

Vorlage: BV/157/2007/I-14

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:02

6.3. Maßnahmebeschluss Abwassererschließung Vogelsiedlung Dessau-Törten Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Lerchenweg

Vorlage: BV/153/2007/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:02:00

6.4. Abwägungsbeschluss über die abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Dessau-Roßlau in der Fassung vom Mai 2006
Vorlage: BV/156/2007/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:04

6.5. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 174 "Kreuzbergstraße"
Vorlage: BV/166/2007/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

6.6. Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 174 "Kreuzbergstraße"
Vorlage: BV/167/2007/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

6.7. Eingliederung der Gemeinde Horstdorf zum 01.01.2008
Vorlage: BV/169/2007/I-80

Herr BM Gröger verwies auf die klare Positionierung des Hauptausschusses, dass Horstdorf dieses Angebot unterbreitet wird, was ein gutes Zeichen in der gegenwärtigen Situation für die Stadt sei.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

6.8. Gebietsaustausch mit der Stadt Oranienbaum
Vorlage: BV/184/2007/I-80

Herr BM Gröger führte aus, bereits über das Gespräch mit dem Oberbürgermeister aus Oranienbaum informiert zu haben. In Oranienbaum werde am Dienstag im Stadtrat der gleiche Beschluss gefasst.

Herr Hoffmann, PDS-Fraktion und stellv. Stadtratsvorsitzender, legte dar, die Fraktion habe gegen dieses Ansinnen prinzipiell nichts einzuwenden und folge den Dingen, die sie selbst mit angetrieben habe. Er wolle aber auf die Tatsache aufmerksam machen, dass man natürlich für bestimmte Weiterentwicklungen, was die Gebietsstruktur betrifft, Tür und Tore öffnet. Damit würde das Thema Vockerode und Wörlitz nach Dessau zu holen und daran weiterzuarbeiten, durchaus erschwert werden können. D. h. das Ansinnen sei, eine Sicherheitsbremse einzubauen und im Beschlussantrag folgenden Punkt 4 zu ergänzen:

4. Der Gebietsaustausch zwischen den Städten Dessau und Oranienbaum tritt bei einer Entscheidung der Landesregierung, die sich gegen eine Eingemein-

derung der Städte Vockerode und Wörlitz richtet, nicht in Kraft. In diesem Fall treten wir vom Gebietsänderungsvertrag zwischen Dessau und Oranienbaum zurück.

Das sei eine Sicherheitsklausel, um bestimmte Dinge und Fehlentwicklungen zu verhindern.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, führte aus, der vorliegende Antrag werde zu Protokoll genommen und in Abstimmung mit **Herrn BM Gröger** seitens des Einreichers in den Beschluss übernommen.

Die Vorlage wurde ergänzt beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:03

6.9. Kauf der Eisenkunstgussammlung Ewald Barth

Vorlage: BV/453/2006/V-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:01:07

Dessau, 30.08.07

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Karl Gröger
Bürgermeister und Beige-
ordneter für Bauwesen und
Umwelt Schriftführer